

# Königreich Bayern.



## Vorläufiger Staatsangehörigkeitsausweis.

gemäß Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz vom 22. Juli 1913  
(zur Benutzung im Inland)

Von der im Notstandsrecht 1913/1914 handelnden staatlichen Wahlkommission Bayern wird hierdurch dem

Vorname(n) *Jörg*  
Familiennamen *Erdmannsley*  
geboren am *16. April 1958* in *Hagen*  
Geburtsregister Nr. *743/1958* Standesamt *Hagen*

im Staatlichen Deutschen Recht im Rechtsstand vom 27. Oktober 1918 bescheinigt, daß derselbe  
und zwar durch *Abstammung*  
die Staatsangehörigkeit im Bundesstaat *Preußen*  
gemäß Artikel 1 der Reichsverfassung vom 16. April 1871 besitzt.

Die für diese Urkunde zu erbringenden Nachweise wurden von *11* Prüfern geprüft und protokolliert.  
Diese Urkunde hat eine Gültigkeitsdauer von 6 Jahren nach dem Tag der Ausstellung, vorbehaltlich  
anderslautender Entscheidungen durch einen staatlich gewählten Vertreter der zuständigen Gemeinde.

*Ebern, den 26. August 2018*



Wahlkommission Bayern.

Vorsitzender.

# 100 Jahre Notstandsgesetzgebung

Am 28. Oktober 1918 00:00 Uhr trat aufgrund des Putsches der Weimarer Republik gegen den Staat Notstand ein, welcher bis heute (30. September 2018) anhält.

Die Staatsangehörigkeit wird solange in einer Wahlkommission verwaltet, bis die Melderegister wieder nach Staatlichem Deutschen Recht arbeiten und die Umwandlung des Wohnsitzes und damit auch der Eintrag des Wahlrechts in dieser Gemeinde von der höheren Verwaltungsbehörde fälschungssicher gemacht worden ist.

Kalte Gründungen oder sogenannte Gemeindeaktivierungen knüpfen aufgrund fehlender Siegelrechte- und Verweserwahlen nicht an Staatliches Deutsches Recht im Rechtsstand 27. Oktober 1918 an.

<b>Das ist die S O L L Situation</b>	<b>Das ist die I S T Situation</b>
100 % Rechtssicherheit	5 % Rechtssicherheit
SDR 1918	1933 - 2018 plus?
<b>Indigenat Deutscher - Reichsdeutscher</b>	<b>Deutscher ist ... NS beschwert [Nazi] – Reichsbürger 1934</b>
vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung!	wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt
116.1 GG 1. Halbsatz (Primärrecht)	116.1 GG 2. Halbsatz [NSDAP Positivismus verboten]
Deutsches Recht - PStGesetz 1875, RuStAG 1913	PStGesetz 1937, StAG 1934 [Deutsch im Rheinwiesenerlager]
Indigenat-Deutscher (* in 1/26 Bundesstaat)	NSDAP-Deutscher, Beamter [§ 38 BeamStG]
Der Mensch ... wird (nat.) Person genannt. [§ 1 ALR]	NSDAP: Die nat. Person ist der Sklave [Palandt 1938]
<b>Geburtsregisterauszug</b> (* Lebendurkunde Urk. Nr.)	Geburtsurkunde (T Wertpapier Sozialvers.-Nr.)
Versicherung gegen bürgerlichen Tod (HJR 192)	Bürgerlicher Tod ist das Ziel von Beamten (SHAEF 51 1b)
Wobei jede Amtsperson für öffentliche Aufgaben auf Grund ihres Dienstes auf das GG zu allererst die Rechtstellung seines Gegenüber erforschen und dem Indigenat-Deutschen dienen muß!	

## Die SOLL Situation ist mit dem umseitigen Ausweis wieder hergestellt.

Zu erfüllende Grundlagen, nach wiederholter Aufforderung:

Carlo Schmid in seiner Grundsatzrede vom [8. September 1948](#)

*„... Wenn man einen solchen Zustand nicht will, dann muß man dagegen handeln wollen. Aber das wäre dann Sache des deutschen Volkes selbst und nicht die Sache sogenannter staatlicher Organe, die sich ihre Akte jeweils vorher genehmigen lassen müssen.“*

„... **solchen Zustand**“ ist der Notstand seit dem 28. Oktober 1918, der weder von der Weimarer Republik, noch von den Nationalsozialisten, noch von der „Bundesrepublik Deutschland“ beseitigt wurde.

Am [3. Februar 2012](#) urteilte der IGH in Den Haag:

*„Die Bundesrepublik Deutschland, als Rechtsnachfolger des 3. Reich ...“*

... und bestätigt damit die Fortführung der verbotenen NS-Ideologie und den Notstand seit dem 28. Oktober 1918, sowie die Grundsatzrede von Carlo Schmid und einen ganzen Katalog zur unmöglichen Akzeptanz der vorhandenen unmenschlichen Zustände bis heute.

Und am [27. April 2018](#) Angela Merkel auf einer Pressekonferenz im weißen Haus, 1 mtr. neben Donald Trump stehend:

*„Diese Zeit der Nachkriegsordnung ist zu Ende. Sie ist mehr als 70 Jahre her oder [...] und wir müssen auch als Deutsche lernen, mehr Verantwortung zu übernehmen.“*

Damit war dies der 3. Hinweis auf den Notstand seit dem 28. Oktober 1918 und „mehr Verantwortung“ wird hiermit durch den Nachweis der echten und gültigen Staatsangehörigkeit als Indigenat Deutscher gemäß dem geltenden Reichs.- und Staatsangehörigkeitsgesetzes vom 22. Juli 1913 und dem Artikel 116 GG Abs. 1 übernommen.

## Beteiligungsberichte des Bundes



## Liste der mit dem Bund verbundenen Unternehmen

**Und die "BRD" (Germany) bestätigt dann noch selber ihre Firmenstruktur!**

Auch Gebietskörperschaften wie der Bund sind nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs als Unternehmen i. S. d. § 15 Aktiengesetz (AktG) anzusehen. Für Unternehmensbeteiligungen des Bundes gelten daher grundsätzlich die aktienrechtlichen Vorschriften über verbundene Unternehmen.